



## **Solide Haushaltspolitik stärkt Handlungsfähigkeit Bundeshaushalt 2021: Priorität für Zukunft, Technologie und Innovation**

Nachhaltiges Wachstum und finanzielle Solidität sind entscheidend für Deutschlands Wohlstand. Während wir in der vergangenen Woche im Rahmen der ersten Nachhaltigkeitstage des Deutschen Bundestages über Grundprinzipien nachhaltiger Politik diskutiert haben, steht diese Woche die [Debatte über den Bundeshaushalt 2021](#) und den Finanzplan bis 2024 an. Hier schließt sich gewissermaßen ein Kreis. Für uns als Union ist eine solide Haushaltspolitik die Grundvoraussetzung für einen handlungsfähigen Staat. Dabei stellt uns die Corona-Pandemie auch im Bundeshaushalt vor größte Herausforderungen. Für das kommende Jahr wird erneut eine hohe Nettokreditaufnahme erforderlich sein. Umso wichtiger sind jetzt die richtigen Prioritäten. Es gab noch nie so viel Geld für Zukunfts- und Digitalisierungsprojekte wie aktuell. Wir sollten diese Chance gemeinsam nutzen, um Schub zu kriegen für die Technologien von Morgen. Das reicht von digitaler Bildung über zusätzliche Investitionen in Künstliche Intelligenz und moderne Kommunikationstechnologien bis zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen.

Unser Motto für die kommenden Monate lautet: Umsetzen, umsetzen, umsetzen.

### **Schuldenbremse hat sich bewährt**

Die Regeln der Schuldenbremse haben sich bewährt. Wir haben in wirtschaftlich guten Zeiten Vorsorge getroffen. Durch starkes Wirtschaftswachstum unterschritt die Schuldenquote mit 59,8 % im vergangenen Jahr erstmals seit 2002 wieder den Maastricht-Referenzwert. Diese vorausschauende Haushaltspolitik hat unser entschlossenes Handeln in der Krise erst ermöglicht. Ein Rütteln an den Regeln der Schuldenbremse kommt für uns deshalb nicht in Frage. Wir halten an unserem Ziel fest, mit dem Haushalt für das Jahr 2022 wieder zu den Regeln der normalen Schuldenbremse zurückzukehren.

### **30. Jahrestag der Wiedervereinigung: Gemeinsam stark.**

Wir feiern am 3. Oktober den 30. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung. Unsere tiefe Dankbarkeit gilt allen Menschen, die sich ihre Freiheit Stück für Stück erkämpft haben.

Ihr Mut und ihre Entschlossenheit haben die friedliche Revolution möglich gemacht. Die Wiedervereinigung ist für ganz Deutschland ein wichtiges und glückliches Ereignis. Seit drei Jahrzehnten leben wir in einem freien und geeinten Land. Die Union war seinerzeit die letzte politische Kraft, die noch an diesem Ziel festgehalten hat. Im Rückblick ist vieles gut gelaufen, manches wurde jedoch zu wenig wahrgenommen und wertgeschätzt. Für die Zukunft wünsche ich mir ein optimistisches Gesamtdeutschland mit kraftvollen Regionen und einer gemeinsamen Perspektive.



### **Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

Der Haushaltsentwurf steht im Zeichen der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und der umfangreichen Maßnahmen, die im Hinblick auf die Bekämpfung der Corona-Krise erforderlich sind. Insbesondere mit einer breiten Investitionsoffensive soll den Auswirkungen der Pandemie begegnet werden.

Schwerpunkte der das Vorkrisenniveau deutlich übersteigenden Investitionsausgaben sind die Bereiche moderne Infrastruktur, ein klimafreundlicher Umbau der Wirtschaft, Bildung und Forschung sowie die Unterstützung der Länder beim Thema Kinderbetreuung.

Die Corona-bedingt außergewöhnliche Situation macht es auch 2021 erforderlich, die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse zu nutzen, um die Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt über eine hohe Neuverschuldung auszugleichen. Nach aktuellem Stand wird sich die Nettokreditaufnahme auf 96,2 Mrd. Euro belaufen; der über die normale Schuldenregelung hinausgehende Anteil soll ab 2026 über 17 Jahre getilgt werden.

### **Finanzplan des Bundes 2020-2024**

Die mittelfristige Finanzplanung ist ein Planungsinstrument der Bundesregierung, zu dem der Deutsche Bundestag kein Gesetz verabschiedet.

Der Finanzplan bis 2024 ist maßgeblich durch umfangreiche Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie geprägt. Während 2021 neuerlich die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung der Schuldenbremse unvermeidlich ist, wird ab 2022 angestrebt, zur Normalregelung der Schuldenregel zurückzukehren. Hier besteht aber erhebliche finanzieller Handlungsbedarf.

### **Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur**

Die Verkehrsausgaben sinken im Entwurf der Bundesregierung gegenüber 2020 um 7,3 % auf knapp 34,1 Mrd. Euro. Trotz dieses Ausgabenrückgangs steigen die klassischen Verkehrsinvestitionen (der Bereiche Straße, Schiene und Wasserstraße) 2021 auf rund 18,6 Mrd. Euro.

Mit dem Konjunktur- und Zukunftspaket werden unter anderem die Investitionen in klimafreundliche Verkehrsträger erhöht. So werden für das „Schnellläuferprogramm Digitale Schiene“ 400 Mio. Euro im Jahr 2021 bereitgestellt (2020 bereits 100 Mio. Euro). Für Investitionen in Bundeswasserstraßen und zur Förderung der Schifffahrt sind im Haushaltsentwurf infolge des Konjunktur- und Zukunftspakets bis 2024 insgesamt 554 Mio. Euro enthalten (davon 2021 allein 293 Mio. Euro).

### **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**

Der Ausgabenrahmen sinkt insgesamt gegenüber dem Soll 2020 um knapp 350 Mio. Euro auf 2,68 Mrd. Euro. Dennoch werden in erheblichem Umfang Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und des Klimas finanziert. So steigen die Mittel für die internationale Klimaschutzinitiative 2021 auf 600 Mio. Euro, um eine klimafreundliche Erholung der Wirtschaft von der Corona-Pandemie zu ermöglichen.

Auch zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und für den Insektenschutz wird sich der Bund weiter stark engagieren und hierfür bis 2024 jährlich 40 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Für die Finanzierung und Durchführung der Zwischen- sowie Endlagerung radioaktiver Abfälle und das Standortauswahlverfahren sind 2021 insgesamt 1,2 Mrd. Euro vorgesehen.

### **Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft**

Der Haushaltsentwurf sieht für den Bereich Landwirtschaft 7,7 Mrd. Euro vor, was einen Ausgabenanstieg um knapp 9,2 % im Vergleich zum Jahr 2020 bedeutet. Den Schwerpunkt bildet dabei weiterhin die Förderung des eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems. Hierfür stehen 4,2 Mrd. Euro zur Verfügung; darin enthalten sind 177 Mio. Euro Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sind 1,16 Mrd. Euro vorgesehen. Enthalten sind hier auch Mittel zur Verbesserung des Tierwohls sowie für die Bewältigung der durch Extremwetterlagen verursachten Waldschäden und den klimagerechten Waldumbau. Allein die Konjunkturmaßnahmen Wald und Holz belaufen sich auf 470 Mio. Euro. Zusätzlich wird 2021 mit dem Investitions- und Zukunftsprogramm der Transformationsprozess in der Landwirtschaft in Folge der Änderung der novellierten Düngemittelverordnung mit 250 Mio. Euro unterstützt (bis 2024 insgesamt 1 Mrd. Euro).

### **Bundeskanzlerin und Kanzleramt**

Im Regierungsentwurf ist ein Ausgabenrahmen von knapp 3,4 Mrd. Euro vorgesehen. Darin enthalten sind auch das Budget der Staatsministerin für Kultur und Medien sowie der Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Traditionell ist die Beratung des Einzelplans „Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt“ der Anlass für die politische Generaldebatte.

### **Auswärtiges Amt**

2021 sinkt der Ausgabenrahmen des Auswärtigen Amtes um knapp 600 Mio. Euro auf insgesamt 6,04 Mrd. Euro. Gleichzeitig werden jedoch zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, bereitgestellt.

Allein die Ausgaben für humanitäre Hilfe erreichen 2021 eine Höhe von 1,94 Mrd. Euro und fließen in die deutschen ODA-Leistungen ein (ODA steht für „Official Development Assistance“ und meint die gesamte öffentliche Entwicklungszusammenarbeit).

### **Bundesministerium der Verteidigung**

Der vorliegende Haushaltsentwurf sieht für 2021 einen Ausgabenzuwachs in Höhe von 2,6 % auf 46,8 Mrd. Euro vor. Allein rund 1,2 Mrd. Euro stehen aus dem Konjunkturpaket für vorgezogene Investitionen zur Stärkung der Wirtschaft und zum Aufbau eines Zentrums für Digitalisierung und Technologieforschung zur Verfügung. Mit den geplanten Investitionen sollen dem aktuellen Bedarf in den Bereichen Rüstungsbeschaffung und Digitalisierung Rechnung getragen und gleichzeitig bestimmte Großvorhaben zum Schließen von Fähigkeitslücken voran-

gebracht werden. Die Bundesregierung bekennt sich damit zu ihren Verpflichtungen gegenüber der NATO und innerhalb der Europäischen Union. Die Mittelansätze für Auslandseinsätze der Bundeswehr werden auf hohem Niveau fortgeschrieben.

### **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Der Etat des Ministeriums, der fast vollständig auf die deutsche ODA-Quote anrechenbar ist, bleibt 2021 nahezu unverändert bei 12,4 Mrd. Euro. Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit ist vor allem die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer sozio-ökonomischen Folgen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Angesichts der pandemiebedingten Entwicklungen (v.a. wirtschaftlicher Einbruch und Aufwuchs der ODA-Ausgaben) ist die ODA-Quotenentwicklung aktuell wenig aussagekräftig.

### **Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat**

Für das Ministerium ist 2021 ein Ausgabenrahmen von knapp 18,3 Mrd. Euro vorgesehen. Gegenüber 2020 ist dies ein Anstieg um knapp 16,8 % oder rund 2,6 Mrd. Euro. Allein im Bereich der Inneren Sicherheit steigen die Mittel im Jahr 2021 auf rund 6,9 Mrd. Euro. Darin enthalten sind Mittel für die vierte und letzte Tranche der im Koalitionsvertrag vereinbarten 7.500 Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes.



Für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes werden im Jahr 2021 als Teil des Konjunkturpakets 1,4 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Im Baubereich steigt der Ansatz für das Wohngeld im Jahr 2021 um 140 Mio. Euro auf 735 Mio. Euro. Für das Baukindergeld sind für das kommende Jahr knapp 900 Mio. Euro vorgesehen. Zudem stehen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus in den Jahren 2021 bis 2024 jeweils 1 Mrd. Euro Finanzhilfen für die Länder zur Verfügung.

### **Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**

Der Ausgabenrahmen steigt im Entwurf Bundeshaushalt 2021 um knapp 3,6% auf insgesamt rund 952 Mio. Euro. Im Wesentlichen handelt es sich um einen Verwaltungshaushalt mit einem hohen Anteil an Personalausgaben.

### **Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**

Der Regierungsentwurf sieht im Jahr 2021 eine Senkung der Ausgaben des Ministeriums um knapp 4,2 % gegenüber dem Vorjahr vor. Der Gesamtetat beläuft sich damit auf rund 10,1 Mrd. Euro. Davon resultieren 2 Mrd. Euro aus dem Konjunktur- und Zukunftspaket. Insbesondere für transformationsrelevanten Innovationen (Fahrzeuge, Schiffbau, moderne Flugzeuge) sind erhebliche Mehrausgaben veranschlagt. Zudem stehen 2021 für außenwirtschaftliche Partnerschaften

zur Umsetzung der Wasserstoffstrategie 390 Mio. Euro zur Verfügung. Die im Zuge der Corona-Hilfsmaßnahmen eingerichteten Pandemievorsorge- und Bekämpfungstitel werden auf rund 360 Mio. Euro erhöht. Für das Förderprogramm Infektionsschutzgerechtes Lüften sind 200 Mio. Euro im Jahr 2021 vorgesehen. Auch die Mittel für die Raumfahrt werden erneut angehoben.

### **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Für das Ministerium werden im Jahr 2021 insgesamt rund 12,2 Mrd. Euro für familienpolitische Leistungen vorgesehen. Dies bedeutet ein Minus gegenüber dem pandemiebedingt hohen Ausgabenniveau 2020 um knapp 1,4 Mrd. Euro. Das Elterngeld stellt mit rund 7,3 Mrd. Euro weiterhin die wichtigste gesetzliche Leistung im Einzelplan dar.

Des Weiteren unterstützt der Bund insbesondere mit dem Gute-Kita-Gesetz langfristig die Länder dabei, die Qualität in der Kindertagesbetreuung weiterzuentwickeln. Die entsprechenden Programm volumina erhöhen sich erheblich.

### **Bundesministerium für Gesundheit**

Der Ausgabenrahmen beläuft sich im kommenden Jahr rund 24,3 Mrd. Euro. Das entspricht einem Rückgang um rund 41 % im Vergleich zum pandemiebedingt sehr hohen Soll 2020.

Größter Posten ist nach wie vor der Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds. 2021 beläuft sich dieser auf insgesamt 19,5 Mrd. Euro. Davon resultieren 14,5 Mrd. Euro aus der seit 2017 festgeschriebenen Entlastung der Kassen für versicherungsfremde Leistungen, weitere 5 Mrd. Euro sind pandemiebedingt und dienen der Sicherstellung der Sozialgarantie. Zusätzlich sind für den Krankenhaus-Zukunftsfonds Mittel in Höhe von 3 Mrd. Euro vorgesehen.

### **Bundesministerium für Bildung und Forschung**

Für den Bereich Bildung und Forschung sind im Haushaltsjahr 2021 rund 20,2 Mrd. Euro vorgesehen, womit sich der Ausgabenrahmen nahezu auf Vorjahresniveau befindet. Für das Programm Ganztagschule/Ganztagsbetreuung an Grundschulen sind 500 Mio. Euro Zuführungen an ein noch zu errichtendes Sondervermögen veranschlagt. Der Hochschulpakt wird als „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ fortgesetzt und ist mit entsprechenden Mitteln unterlegt. Die Ausgaben für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und wissenschaftlichen Gesellschaften werden gegenüber dem Vorjahr durch den Pakt für Forschung und Entwicklung um 3 % erhöht. Zur Unterstützung der anwendungsorientierten Forschung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen stehen zum Ausgleich der pandemiebedingten Einnahmeausfälle zusätzliche 400 Mio. Euro zur Verfügung.

Zur Bewältigung der Corona-Krise sind für Maßnahmen der Gesundheitsforschung weitere 484 Mio. Euro vorgesehen, zudem zusätzlich 350 Mio. Euro für die Sicherung der beruflichen Ausbildung.

### **Bundesministerium für Arbeit und Soziales**

Für den Bereich Arbeit und Soziales werden 2021 knapp 164 Mrd. Euro vorgesehen. Dies bedeutet eine Reduzierung der Ausgaben um rund 3,9 % gegenüber dem Vorjahressoll. Den größten Ausgabenbereich – sowohl im Etat des Arbeitsministeriums als auch im Bundeshaushalt – stellen die Leistungen an die Rentenversicherung dar. Diese steigen 2021 auf 106,1 Mrd. Euro und erreichen damit ein neues Rekordniveau. Für das Gesamtbudget gemäß § 46 Abs. 1 SGB II zur Erbringung von Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten sind wie bereits im Vorjahr rund 10,1 Mrd. Euro veranschlagt. Ein Ausgabenanstieg bei den passiven Leistungen nach dem SGB II auf 34,4 Mrd. Euro resultiert unter anderem aus der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie sowie der 2020 beschlossenen Anhebung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung um 25 %. Hierdurch werden die Kommunen finanziell gestärkt.

## Langes Zitat der Woche

«Wir erleben zurzeit, wie die Vorsicht nachlässt, wie sich alle wieder nach Nähe sehnen, nach Berührungen, nach Gemeinsamkeit, nach Feiern im Familien- und Freundeskreis oder an öffentlichen Orten, einfach nach Unbeschwertheit. Das spüre ich selbst; da geht es mir nicht anders als anderen.

In meiner Sommerpressekonferenz in der Bundespressekonferenz fragte mich ein Journalist – es war die letzte Frage dieser Pressekonferenz –, was mich als, wie er es formulierte, „Mensch Angela Merkel“ in dieser Zeit eigentlich am meisten nervt und was ich in meinem Leben derzeit am meisten vermisse. Ich habe geantwortet: spontane Begegnungen, weil man immer schauen muss: Wie verhalte ich mich jetzt? – Diese Spontaneität in Begegnungen mit anderen Menschen vermisse ich am meisten. So ist es. Ich glaube, wir alle möchten die Spontaneität, die Unbefangenheit zurückhaben. Wir alle möchten das Leben, wie wir es kannten, zurückhaben, und natürlich wollen das ganz besonders die jungen Leute in unserem Land.

*(Jürgen Braun [AfD]: Dann hören Sie doch auf!)*

**Aber wir riskieren gerade alles, was wir in den letzten Monaten erreicht haben.**

*(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Ulli Nissen [SPD])*

Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, dass wieder landesweite Einschränkungen, wieder hohe ökonomische und emotionale Verluste drohen,

dass ein sterbender Mensch im Krankenhaus oder im Pflegeheim mutterseelenallein ist und seine Liebsten ihm zum Abschied nicht die Hand reichen können.

*(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)*

Ich spreche hier, weil ich alles dafür tun will, um einen erneuten landesweiten Shutdown zu verhindern. Ich sage das hier, weil ich unbedingt Unternehmen und Arbeitsplätze schützen will, weil ich Kinder und Jugendliche in den Kitas und in den Schulen sehen will. Wir haben gesehen, wie belastend die Einschränkungen sind, wie sie die sozial Schwächsten besonders treffen, wie sie bestehende Ungleichheiten noch einmal vertiefen. Wir wollen, dass sich die Wirtschaft erholt; wir wollen, dass Künstlerinnen und Künstler wieder auftreten und spielen können; wir wollen, dass Kinder und Enkel ihre Eltern und Großeltern sehen können. Also, wir alle wollen verhindern, dass es zu einem zweiten landesweiten Shutdown kommt. Und das können wir auch. Wir wissen uns und das Gesundheitssystem besser zu schützen als im März. Wir haben in der Pandemie viel gelernt, und wir lernen jeden Tag dazu.

*(Dr. Rainer Kraft [AfD]: Das ist doch Unfug!)*

Aber jetzt müssen wir wieder achtsam sein, und **dazu braucht es Sie, die Bürgerinnen und Bürger, Ihre aktive Hilfe, Ihr Engagement und Ihr Mitgefühl.**

*(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)*

*Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an die AfD gewandt: Auch hier im Parlament!)*

So widersprüchlich es klingt: Familie und Freundschaft lassen sich zurzeit leider immer noch nicht durch ausgelassene Feste feiern. Nähe, Verbundenheit, Zuneigung zu Menschen, aber auch schiere Lebensfreude: Sie brauchen immer noch eine andere für uns ganz ungewohnte Form. Wir brauchen immer noch Abstand als Ausdruck von Fürsorge.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)*

**Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern** für das, was sie bis hierher durch ihre Umsicht und Rücksicht schon möglich gemacht haben. Ich danke allen in den Ländern, in den Kommunen: den Erzieherinnen und Erziehern, den Lehrerinnen und Lehrern, den Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern in den Krankenhäusern und Pflegeheimen, den Gastronomiebetreibern, den Zug- und Flugbegleitern; ich kann sie gar nicht alle nennen. Ich danke allen, die geholfen haben und weiter helfen, diese historische Krise zu meistern.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)*

**Aber dies ist eine Langstrecke. Wir sind noch nicht am Ende der Pandemie.** Wir haben mit Herbst und Winter eine schwere Zeit vor uns. Deshalb möchte ich diese Rede mit einem Appell schließen.

**Ich appelliere an Sie alle: Halten Sie sich an die Regeln, die für die nächste Zeit weiter gelten müssen.** Geben wir alle als Bürgerinnen und Bürger dieser Gesellschaft wieder mehr aufeinander Acht. Erinnern wir uns wechselseitig daran, dass das Abstandhalten, Mund-Nase-Schutz, regelmäßiges Händewaschen, das Lüften in Zimmern, die Nutzung der Corona-Warn-App nicht nur die Älteren und nicht nur die sogenannten Risikopersonen schützt, sondern unsere offene, freie Gesellschaft als Ganzes.

*(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Karsten Klein [FDP])*

Ich bin sicher, dass wir durch diese historische Erfahrung als Gemeinschaft wachsen und dass sie uns bei allem, was schwer und belastend ist, enger miteinander verbindet. Ich bin sicher: Das Leben, wie wir es kannten, wird zurückkehren. Die Familien werden wieder feiern, die Klubs und Theater und Fußballstadien wieder voll sein. Und was für eine Freude wird das sein! **Aber jetzt müssen wir zeigen, dass wir weiter geduldig und vernünftig handeln und so Leben retten können.** Jetzt müssen wir verstehen, dass es weiter auf jeden und jede Einzelne ankommt. Darum bitte ich Sie.

Herzlichen Dank.»

*(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)*

*Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am Mittwoch in der sog. „Generaldebatte“ innerhalb der aktuellen Haushaltswoche.*